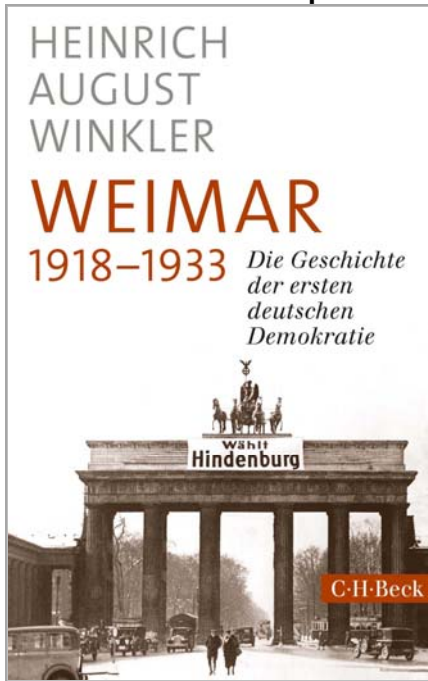


Unverkäufliche Leseprobe



Heinrich August Winkler

Weimar 1918-1933

Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie

2018. 711 S.

ISBN 978-3-406-72692-7

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/24376691>

C·H·Beck

PAPERBACK

«Wenige Kapitel der deutschen Geschichte sind so umstritten wie die vierzehn Jahre zwischen Kaiserreich und ›Drittem Reich‹. Die Weimarer Republik: das war das große Laboratorium der klassischen Moderne, eine Zeit des kulturellen Aufbruchs, der Befreiung von hohlen Konventionen, der großen Triumphe einer weltoffenen künstlerischen und intellektuellen Avantgarde. Mit der ersten deutschen Republik verbindet sich aber auch die Erinnerung an gewaltsame Umsturzversuche und galoppierende Inflation, an Massenarbeitslosigkeit und politischen Radikalismus, an die Krisen und den Untergang einer Demokratie, der in den Augen vieler Deutschen von Anfang an der nationale Makel anhaftete, daß sie aus der militärischen Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg erwachsen war.

Was auf Weimar folgte, war so schrecklich, daß wir das Scheitern der ersten deutschen Republik zu den großen Katastrophen der Weltgeschichte rechnen müssen. Weil dem so ist, steht im Hintergrund aller Betrachtungen über Weimar unverrückbar die Frage, warum es zu 1933 kommen konnte. Geschichtsschreibung über Weimar ist damit notwendigerweise immer auch Trauerarbeit.»

Heinrich August Winkler, geb. 1938 in Königsberg, studierte Geschichte, Philosophie und öffentliches Recht in Tübingen, Münster und Heidelberg. Er habilitierte sich 1970 in Berlin an der Freien Universität und war zunächst dort, danach von 1972 bis 1991 Professor in Freiburg. Seit 1991 war er bis zu seiner Emeritierung Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Werke «Der lange Weg nach Westen» und «Geschichte des Westens» sind weithin gelesene Bestseller. 2014 erhielt er den Europapreis für politische Kultur der Hans Ringier Stiftung und 2016 den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung. Bei C.H.Beck sind auch erschienen: «Zerreißproben. Deutschland, Europa und der Westen. Interventionen 1990–2015» (2015) und «Zerbricht der Westen?» (2017).

HEINRICH AUGUST WINKLER

Weimar 1918 – 1933

Die Geschichte der ersten
deutschen Demokratie

C.H.Beck

Dieses Werk wurde gefördert durch einen einjährigen Forschungsaufenthalt am Historischen Kolleg in München. Träger des Historischen Kollegs sind der Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

1. Auflage. 1993
2. durchgesehene Auflage. 1994
3. durchgesehene Auflage. 1998
4. durchgesehene Auflage. 2005

1. Auflage in C.H.Beck Paperback 2018

© Verlag C. H. Beck oHG, München 1993
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München
Umschlagabbildung: Reichspräsidentenwahl 1932:
Wahltransparent am Brandenburger Tor © ullsteinbild, Berlin
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 72692 7

www.chbeck.de

Dem Andenken meiner polnischen Freunde
Bronisław Geremek (1932-2008)
und
Jerzy Holzer (1930-2015)

Inhalt

Vorwort zur Neuausgabe	I
Einleitung	II
1. Das zwiespältige Erbe	13
2. Die gebremste Revolution	33
3. Die bedrängte Mehrheit	69
4. Der unbewältigte Friede	87
5. Die hingenommene Verfassung	99
6. Die fehlgeschlagene Gegenrevolution	109
7. Die vertagte Krise	143
8. Die vermiedene Katastrophe	186
9. Die prekäre Stabilisierung	244
10. Die gespaltene Gesellschaft	285
11. Die konservative Republik	306
12. Die Preisgabe des Parlamentarismus	334
13. Die Ausschaltung der Massen	375
14. Die Politik der Depression	408
15. Die Logik des kleineren Übels	444
16. Die Drohung des Bürgerkrieges	477
17. Der Aufschub des Staatsnotstands	521
18. Die Auslieferung des Staates	557
Nachwort: Weimars Ort in der deutschen Geschichte	595
Dank	617
Anmerkungen	619
Abkürzungsverzeichnis	701
Personenregister	703

Vorwort zur Neuauflage

Wachsender zeitlicher Abstand bedeutet noch nicht notwendigerweise, dass eine historische Epoche uns ferner rückt. Als die vorliegende Geschichte der Weimarer Republik 1993 erstmals erschien, waren seit dem Untergang der ersten deutschen Demokratie sechs Jahrzehnte vergangen. „Weimar“ schien mehr denn je ein abgeschlossenes Kapitel der deutschen Geschichte zu sein. Heute, ein Vierteljahrhundert später, hört man Warnungen vor „Weimarer Verhältnissen“ eher häufiger als damals. Die Historiker streiten zwar längst nicht mehr so leidenschaftlich über die deutsche Geschichte der Jahre von 1918 bis 1933 wie in den Jahrzehnten vor der Wiedervereinigung. In der breiteren Öffentlichkeit aber leben noch immer Geschichtsbilder fort, deren Ursprünge teilweise bis in die Entstehungszeit des Staates zurückreichen, der vor hundert Jahren, im November 1918, aus den revolutionären Kämpfen am Ende des Ersten Weltkriegs hervorging.

Auf der äußersten Linken wird alljährlich in Berlin Mitte Januar der Toten des Januaraufstandes von 1918 gedacht, aber so gut wie nie vom eigentlichen Ziel dieser Erhebung von Teilen der Berliner Arbeiterschaft gesprochen: der Verhinderung der Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, die die erstrebte Diktatur des Proletariats in weite Ferne zu rücken drohten. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums, der äußersten Rechten, versucht man neuerdings, an das Erbe der „Konservativen Revolution“ anzuknüpfen – jener dezidiert antiliberalen Intellektuellenbewegung der 1920er und frühen 1930er Jahre, die wesentlich zur Zerstörung der parlamentarischen Demokratie beitrug und damit im gebildeten Bürgertum den Boden für die Unterstützung Hitlers bereitete. Im Bundestag gibt es nicht nur eine Partei, die sich als Erbin der deutschen Kommunisten der ersten Republik versteht, sondern seit 2017 auch eine Partei, die sich zwar nicht auf Weimarer Vorläufer beruft, aber doch unübersehbar in der Tradition der damaligen bürgerlichen Rechten, namentlich in ihrer deutschnationalen Spielart, steht.

Von „Weimarer Verhältnissen“ kann dennoch keine Rede sein. Es gibt weder links noch rechts Massenbewegungen, die sich die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates zum Ziel gesetzt haben, und keine Parteien, die den Bürgerkrieg proben. Auch nach der Bundestagswahl vom September 2017 ist die Bundesrepublik Deutschland noch immer weit entfernt von einer Demokratiekrise wie nach 1930. Die Auffächerung der Parteienlandschaft macht Regierungsbildungen schwieriger, was sich aber auch als Zeichen einer europäischen Normalisierung Deutschlands verstehen lässt. Da es einen breiten Verfassungskonsens und in den Grundfragen der

Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik einen soliden Fundus an Gemeinsamkeit zwischen den mittlerweile „klassischen“ demokratischen Parteien gibt, wäre auch eine Regierung, die sich auf wechselnde Mehrheiten stützen muss, anders als in der ersten deutschen Republik nicht gleichbedeutend mit politischer Instabilität. Ein Zwang zu Großen Koalitionen lässt sich aus dem vielzitierten „Weimarer Erfahrungen“ folglich nicht ableiten.

Als sich der Parlamentarische Rat in Bonn im Herbst 1948 anschickte, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland auszuarbeiten, sah er seine Hauptaufgabe darin, konkrete Schlussfolgerungen aus dem Scheitern der ersten deutschen Republik zu ziehen. Das Ergebnis des Versuches, aus Weimar zu lernen, war die wehrhafte, repräsentative, am Imperativ der Funktionsfähigkeit der Verfassungsorgane orientierte „Kanzlerdemokratie“ des Grundgesetzes. Aller anfänglichen Skepsis zum Trotz erwies sich das Grundgesetz als entscheidender Beitrag zu dem, was man die „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik genannt hat. Die vor sieben Jahrzehnten verabschiedete Verfassung war als Provisorium für den westdeutschen Teilstaat gedacht. Doch sie hat sich in der „alten“ Bundesrepublik so bewährt, dass sie, im Kern unverändert, auch heute noch im wiedervereinigten Deutschland gilt.

Kontrovers ist inzwischen nur eine der Lehren, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes aus Weimar gezogen haben, nämlich ihre weitgehende Absage an alle Formen von direkter Demokratie. Kritiker dieser Entscheidung pflegen darauf hinzuweisen, dass die erste Republik nicht an einem Zuviel an Plebisziten, sondern an einem Zuwenig an Demokraten im Reichstag gescheitert ist. Doch dieser Einwand ist nur vordergründig richtig, mithin anfechtbar: Die beiden Volksentscheide, die es auf Reichsebene gab – der zur Fürstenenteignung 1926 und der zum Young-Plan 1929 –, trugen nicht nur nicht zur Festigung der Demokratie bei, sie stärkten vielmehr deren Gegner am linken und rechten Rand, das heißt im ersten Fall die Kommunisten, im zweiten die Nationalsozialisten.

Die Gefahr, dass sich bei Volksentscheiden Kräfte zusammenschließen, die sich nur in der Negation einig, zu konstruktiver Zusammenarbeit aber unfähig sind, bleibt eines der Hauptargumente gegen eine konkurrierende Gesetzgebung von Volk und Parlament zumindest auf der „höheren“, der nationalstaatlichen Ebene. Und noch immer gilt, was der Jurist und Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel in einem Aufsatz aus dem Jahr 1958 in die Form eines Verdiktes gebracht hat: „Ein Volk, das seinem Parlament nicht die Fähigkeit zur Repräsentation zutraut, leidet an einem demokratischen Minderwertigkeitskomplex.“

Wenn es eine Ursache letzter Instanz für das Scheitern der Weimarer Republik gibt, liegt sie in den massiven Vorbehalten gegenüber der westlichen Demokratie, die es in allen Teilen der deutschen Gesellschaft, mit am stärksten aber im gebildeten Bürgertum gab. Diese Vorbehalte hatten ihren tieferen Grund in der obrigkeitlichen Prägung der politischen Kultur Deutschlands, der Distanz eines Großteils seiner Eliten gegenüber den Ideen der

unveräußerlichen Menschenrechte, der Volkssouveränität und des „representative government“, dem Erbe der beiden atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts, der Amerikanischen Revolution von 1776 und der Französischen Revolution von 1789, das man im Begriff des normativen Projekts des Westens zusammenfassen kann.

Deutschland war zwar schon zur Zeit des Kaiserreiches ein Rechts- und Verfassungsstaat, eine parlamentarische Demokratie aber wurde es erst im Zeichen der militärischen Niederlage im Ersten Weltkrieg im Herbst 1918. Von allen Vorbelastungen der ersten deutschen Republik war dies wohl die schwerste. Was Weimar trotz der anhaltenden Anfeindung seiner neuen, freiheitlichen Staatsform durch die nationalistische Rechte an Reformen und Neuerungen auf den Gebieten der Sozial-, Wohnungsbau- und Gesundheitspolitik hervorgebracht hat, war auch im internationalen Vergleich höchst bemerkenswert. Intellektuell und kulturell ging vom Deutschland der ersten Republik eine Faszination aus, die bis heute nachwirkt.

Auf der Reichs- wie auf der Landesebene erhielten die Deutschen nach 1918 erstmals die Gelegenheit, Erfahrungen mit der parlamentarischen Demokratie zu sammeln, aus denen die weise gewordenen Weimarer im Bonner Parlamentarischen Rat schöpfen konnten, als es darum ging, eine neue Demokratie aufzubauen. Ein von Hitler in die Emigration gezwungener Weimarer Politiker, der Reichstagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Landtag, Ernst Hamburger, hat diesen Sachverhalt in einem Gespräch mit mir in New York Anfang 1975 in die Worte gefasst: „Dass Bonn nicht Weimar wurde, liegt auch daran, dass es Weimar gegeben hat.“

Die Demokratiefeindschaft, die Weimar nach 1930 zu Fall brachte, ist nicht mehr das Problem der Gegenwart. Gefährdet wird die westliche Demokratie heute vor allem durch Demokraten, die ein allzu simples Verständnis von Demokratie pflegen. Demokratie ist, anders als Populisten aller Schattierungen meinen, sehr viel mehr als nur der Ausdruck des Mehrheitswillens. Sie setzt eine Verfassungswirklichkeit voraus, in der die Herrschaft des Rechts, die Gewaltenteilung und namentlich die Unabhängigkeit der Gerichte gesichert sind, und in der der Minderheit dieselben Menschen- und Bürgerrechte zustehen wie der Mehrheit. Es ist diese politische Kultur des Westens, der sich Deutschland so lange widersetzt und erst nach der Katastrophe der Jahre 1933 bis 1945 mit nachhaltiger Wirkung geöffnet hat – eine Kultur, die es zu verteidigen gilt, wo immer und von wem auch immer sie bedroht wird. Von allen Lektionen, die sich aus der Geschichte der Weimarer Republik ableiten lassen, ist dies die wichtigste.

Die vorliegende Geschichte der Weimarer Republik habe ich in den Jahren 1990 bis 1992 geschrieben. Ich konnte mich dabei auf eigene Vorarbeiten, darunter meine dreibändige, zwischen 1984 und 1987 erschienene Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, stützen. Große Teile des Manuskripts entstanden während eines einjährigen For-

schungsaufenthaltes am Historischen Kolleg in München. Sehr viel habe ich aus dem wissenschaftlichen Kolloquium „Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen“ gelernt, zu dem ich im Januar 1991 Fachleute aus dem In- und Ausland an das Historische Kolleg einladen konnte. Der Band mit den Beiträgen zu dieser Tagung ist 1992 im Verlag R. Oldenbourg, München, erschienen.

An meiner Sicht auf die Weimarer Republik, ihre Entstehung, ihre Entwicklung, ihren Untergang und ihren Ort in der deutschen Geschichte, hat sich seit der ersten Veröffentlichung dieses Bandes nichts geändert. Deswegen habe ich mich auf die Korrektur einiger kleinerer Errata beschränkt. Ansonsten ist der Text dieser Neuauflage gegenüber der 2005 erschienenen 4. Auflage unverändert geblieben.

Berlin, im Januar 2018

Heinrich August Winkler

Einleitung

Wenige Kapitel der deutschen Geschichte sind so umstritten wie die vierzehn Jahre zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“. Die Weimarer Republik: das war das große Laboratorium der klassischen Moderne, eine Zeit des kulturellen Aufbruchs, der Befreiung von hohlen Konventionen, der großen Triumphe einer weltoffenen künstlerischen und intellektuellen Avantgarde. Mit der ersten deutschen Republik verbindet sich aber auch die Erinnerung an gewaltsame Umsturzversuche und galoppierende Inflation, an Massenarbeitslosigkeit und politischen Radikalismus, an die Krisen und den Untergang einer Demokratie, der in den Augen vieler Deutschen von Anfang an der nationale Makel anhaftete, daß sie aus der militärischen Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg erwachsen war.

Was auf Weimar folgte, war so schrecklich, daß wir das Scheitern der ersten deutschen Republik zu den großen Katastrophen der Weltgeschichte rechnen müssen. Weil dem so ist, steht im Hintergrund aller Betrachtungen über Weimar unverrückbar die Frage, warum es zu 1933 kommen konnte. Geschichtsschreibung über Weimar ist damit notwendigerweise immer auch Trauerarbeit.

Vom Scheitern Weimars auszugehen, heißt nicht, die Unvermeidbarkeit dieses Scheiterns zu unterstellen. Vielmehr ist die Frage nach den Ursachen des Untergangs unlösbar verknüpft mit der Frage nach Handlungsspielräumen und Alternativen – mit der Frage also, wie offen vergangene Entscheidungssituationen wirklich waren. Beantworten läßt sich diese Doppelfrage nur, wenn wir so quellennah wie nur möglich an unser Thema herangehen. Zugleich zwingt die Fragestellung zur Konzentration auf das, was im Sinne der Frage wesentlich ist. Infolgedessen kann und will dieses Buch keine „Totalgeschichte“ der Weimarer Republik sein; es ist nicht enzyklopädisch angelegt, sondern als Problemgeschichte. Im Vordergrund steht die Politik.

Weimar war nicht nur die Vorgeschichte des „Dritten Reiches“, sondern auch die Nachgeschichte des Kaiserreiches. Beides läßt sich nicht voneinander trennen, aber in beidem geht Weimar nicht auf. Weimar war *auch* die erste große Chance der Deutschen, parlamentarische Demokratie zu lernen, und insofern gehört Weimar zur Vorgeschichte der „alten“ Bundesrepublik, der zweiten Lehrzeit in Sachen Demokratie. Die Auseinandersetzung mit Weimar war prägend für Bonn, auf radikal andere Weise aber auch für den zweiten Nachfolgestaat des Deutschen Reiches, die Deutsche Demokratische Republik. Das seit 1990 vereinigte Deutschland ist wieder, was bis dahin nur die Weimarer Republik war oder zumindest nach dem Willen ihrer Gründer sein sollte: ein demokratischer deutscher Nationalstaat.

Zweifel, ob in Deutschland beides zusammenpaßt, die Demokratie und ein Nationalstaat, sind drinnen und draußen zu vernehmen. Ist nicht, so fragen manche, die Bonner Republik deswegen zu einer so erfolgreichen Demokratie geworden, weil sie sich zunehmend als ein „postnationales“, an universalen Werten orientiertes, „verfassungspatriotisches“ Gemeinwesen verstand? Das vereinigte Deutschland kann sich in der Tat nicht mehr als „postnationaler“ Staat definieren. Aber es ist auch kein klassischer Nationalstaat mehr, sondern ein von vornherein in supranationale Gemeinschaften integrierter, mithin postklassischer Nationalstaat. Der Konflikt zwischen Demokratie und Nation, der Weimar belastet hat, braucht sich nicht zu wiederholen. Er *wird* sich nicht wiederholen, wenn die Erfahrungen der ersten Republik präsent bleiben und das ganze Deutschland sich aneignet, was Jürgen Habermas 1986, im Zuge des „Historikerstreits“, als *die* große intellektuelle Errungenschaft der Nachkriegszeit bezeichnet hat: die „vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens“.

Die Weimarer Demokratie in den Gang der Geschichte des deutschen Nationalstaates einzuordnen: darum geht es im folgenden. Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik waren eine dramatische Zeit. Der Historiker sollte nicht versuchen, sie zu entdramatisieren. Er sollte sich auch nicht der Erkenntnis verweigern, daß es in der Geschichte tragische Situationen geben *kann*: Situationen, in denen Akteure besten Willens, überzeugte Verteidiger von Demokratie und Rechtsstaat beispielsweise, nicht mehr die Wahl zwischen „richtigen“ und „falschen“ Entscheidungen haben, sondern nur noch zwischen dem, was ihnen als größeres oder kleineres Übel erscheint. Die Folgen können fatal sein, aber es ist kein Fatalismus, dies auszusprechen. Wer historische Situationen auf ihre Offenheit hin befragt, darf redlicherweise nicht ausschließen, daß sie sich im konkreten Fall als weniger offen erweisen, als der rückblickende Betrachter sich das wünscht.

Manchem Leser mag altmodisch erscheinen, daß in diesem Buch mehr von Ereignissen als von Strukturen die Rede ist und daß erzählt wird. Aber bis zu einem gewissen Grad lassen sich Strukturen in Ereignissen sichtbar machen, und Erzählung kann auch Analyse sein. Beides setzt freilich voraus, daß die Darstellung sich von einer Frage leiten läßt. Auf die Frage, warum es zu 1933 kommen konnte, gibt es den Versuch einer Antwort erst am Ende des Buches. Ob dieser Versuch überzeugt oder nicht: darüber entscheiden die Leserinnen und Leser.

Das zwiespältige Erbe

Im März 1921, knapp zweieinhalb Jahre nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches, schloß der sozialdemokratische Theoretiker Eduard Bernstein sein Buch „Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk“ ab. Es war ein Versuch des damals Einundsiebzighjährigen, sich und den Zeitgenossen klar zu machen, warum die Staatsumwälzung in Deutschland ganz anders, nämlich viel weniger radikal abgelaufen war als alle großen Revolutionen der Geschichte. Bernstein sah für den gemäßigten Charakter der deutschen Revolution vor allem zwei Gründe. Der erste war der Grad der gesellschaftlichen Entwicklung. Je weniger ausgebildet Gesellschaften seien, lautete Bernsteins These, desto leichter vertrügen sie Maßnahmen, die auf ihre radikale Umbildung abzielten. „Je vielseitiger aber ihre innere Gliederung, je ausgebildeter die Arbeitsteilung und das Zusammenarbeiten ihrer Organe bereits sind, umso größer die Gefahr schwerer Schädigung ihrer Lebensmöglichkeiten, wenn versucht wird, sie mit Anwendung von Gewaltmitteln in kurzer Zeit in bezug auf Form und Inhalt radikal umzubilden. Gleichviel ob sie sich darüber theoretisch Rechenschaft ablegten oder nicht, haben die maßgebenden Führer der Sozialdemokratie dies aus Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse begriffen und ihre Praxis in der Revolution danach eingerichtet.“

Der zweite Grund der Mäßigung war Bernstein zufolge der in Deutschland erreichte Grad an Demokratie: „So rückständig Deutschland durch den Fortbestand halbfeudaler Einrichtungen und die Machtstellung des Militärs in wichtigen Fragen seines politischen Lebens auch war, so war es doch als Verwaltungsstaat auf einer Stufe der Entwicklung angelangt, bei der schon die einfache Demokratisierung der vorhandenen Einrichtungen einen großen Schritt zum Sozialismus hin bedeutete. In Ansätzen hatte sich das schon vor der Revolution angezeigt. Das Stück Demokratie, das in Reich, Staaten und Gemeinden zur Verwirklichung gelangt war, hatte sich unter dem Einfluß der in die Gesetzgebungs- und Verwaltungskörper eingedrungenen Arbeitervertreter als ein wirkungsvoller Hebel zur Förderung von Gesetzen und Maßnahmen erwiesen, die auf der Linie des Sozialismus liegen, so daß selbst das kaiserliche Deutschland auf diesen Gebieten mit politisch vorgeschrittenen Ländern sich messen konnte.“¹

Für eine radikale Umwälzung war Deutschland mithin, so läßt sich Bernsteins These knapp zusammenfassen, zum einen zu industrialisiert und zum anderen zu demokratisch. Wenden wir uns zunächst dem ersten Glied dieses Doppelarguments zu. Alle „klassischen“ Revolutionen des Westens, die englische des 17. Jahrhunderts, die amerikanische von 1776 und die französische

von 1789, hatten in der Tat *vor* dem Durchbruch der industriellen Produktionsweise, also in überwiegend agrarischen Gesellschaften stattgefunden, und von den großen Revolutionen des Ostens, der russischen wie der chinesischen, gilt dasselbe. In Agrargesellschaften kann sich die Mehrheit der Bevölkerung mit den lebenswichtigen Gütern eine Zeitlang selbst versorgen. Eine radikale Auswechslung des Staatsapparates ist in solchen Gesellschaften möglich, ohne daß ein wirtschaftliches und soziales Chaos ausbricht. Anders in komplexen, arbeitsteiligen Industriegesellschaften. Die Mehrheit ist hier von den Dienstleistungen des Staates und der Kommunen so existentiell abhängig, daß ein Zusammenbruch des öffentlichen Dienstes das Leben der Gesellschaft insgesamt lähmen muß. Die Folge ist das, was ein neuerer Autor, Richard Löwenthal, treffend den revolutionsfeindlichen „Anti-Chaos-Reflex“ industrieller Gesellschaften genannt hat.²

Man mußte kein Anhänger der Mehrheitssozialdemokraten um Friedrich Ebert sein, um bereits Ende 1918 zu ganz ähnlichen Einschätzungen zu gelangen wie der notorische Marxkritiker Eduard Bernstein, der sich aus Opposition gegen die Bewilligung der Kriegskredite 1917 von der SPD getrennt und vorübergehend der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der USPD, angeschlossen hatte. So schrieb beispielsweise der „Volksfreund“, das Organ der braunschweigischen USPD, am 23. November 1918: „Das Wirtschaftsleben bedeutet eine Organisation, wie etwa eine Maschine. Alle Teile stehen in einem inneren Zusammenhang untereinander. . . Der Organismus eines zivilisierten Volkes ist ungeheuer kompliziert. Stockungen irgendwelcher Art kann er nicht verkraften, ohne nach kurzer Zeit zusammenzuberechnen.“³

Im gleichen Sinne äußerte sich 1920 Heinrich Ströbel, ein führender Repräsentant des rechten Flügels der Unabhängigen Sozialdemokraten. „Die Rätediktatur und die sofortige Vollsozialisierung waren in Deutschland völlig ausgeschlossen, und es war eine verhängnisvolle Verkennung der ökonomischen und politischen Möglichkeiten, daß die äußerste proletarische Linke sich einbildete, das russische Vorbild ohne weiteres in Deutschland nachahmen zu können. Das Agrarland Rußland, in dem nur ein Zehntel des Volkes von der Industrie lebt, vermochte auch eine zeitweilige Lähmung und Zerrüttung seiner industriellen Produktion zu ertragen, ohne daß es zur Katastrophe kam. Die beschäftigungslosen Arbeiter fanden auf dem platten Lande oder aber in der Roten Armee Unterschlupf. In Deutschland aber leben zwei Drittel des Volkes von der Industrie und dem Handel – und wovon hätten sie existieren, wo hätten diese mehr als 40 Millionen bleiben sollen, wenn eine übereilte planlose Sozialisierung der Produktion die ganze industrielle Maschinerie ins Stocken gebracht hätte?“⁴

Daß Deutschland zu den hochindustrialisierten Ländern gehörte, setzte also aus der Sicht kritischer Zeitgenossen einer Revolution von vornherein Grenzen. Aber zugleich war die Industrialisierung eine Voraussetzung der Revolution, die 1918/19 stattfand. Es war der Widerspruch zwischen der

fortgeschrittenen gesellschaftlichen Verfassung und dem rückständigen politischen System, der das Kaiserreich prägte und schon lange vor 1914 in eine Dauerkrise gestürzt hatte. Ohne diesen Widerspruch wäre es zum Versuch einer revolutionären Krisenlösung gar nicht erst gekommen.

Der Grundwiderspruch des Kaiserreichs war die Logik seiner Gründung. 1848/49 war der Versuch der Liberalen und Demokraten gescheitert, gleichzeitig die Einheit und Freiheit Deutschlands zu verwirklichen. Die „Revolution von oben“, die Bismarck zwischen 1866 und 1871 durchführte, war eine Antwort auf den Fehlschlag der Revolution von unten. Die Reichsgründung brachte den Deutschen die ersehnte Einheit. Aber die Freiheit im Sinne eines parlamentarischen Systems und damit der politischen Vorherrschaft des liberalen Bürgertums konnte und wollte Bismarck den Deutschen nicht gewähren. Er erfüllte nach dem Sieg über Österreich im Jahre 1866 jene liberalen Forderungen, die mit den Interessen der altpreußischen Führungsschicht – Dynastie, Adel, Armee und hohes Beamtentum – vereinbar waren. Das liberale Bürgertum konnte sich in Kultur und Wirtschaft frei entfalten und der Gesetzgebung weitgehend seinen Stempel aufdrücken. Das Zentrum der staatlichen Macht jedoch, die eigentliche Regierungsgewalt, blieb ihm im Bismarckreich versperrt.

Die zivile Regierungsgewalt des zweiten Deutschen Kaiserreiches war durch die Verfassung gebunden: Anordnungen des Monarchen bedurften der ministeriellen Gegenzeichnung. Die militärische Kommandogewalt des preußischen Königs aber, der zugleich Deutscher Kaiser war, blieb vom konstitutionellen Erfordernis der ministeriellen Gegenzeichnung frei, und auf diese Weise ragte ein Stück Absolutismus in die Verfassungswirklichkeit des Kaiserreichs hinein. Beides, das Fehlen der parlamentarischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und die vorkonstitutionelle Sonderrolle des Königs als Obersten Kriegsherrn, machte das Kaiserreich zum Obrigkeitsstaat – zu einem Staat, der sich qualitativ von den parlamentarisch regierten Ländern Nord- und Westeuropas unterschied.

Doch im Begriff „Obrigkeitsstaat“ geht das politische System des kaiserlichen Deutschland nicht auf. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Männer, das Bismarck 1867 im Norddeutschen Bund und 1871 im Deutschen Reich einführte, machte Deutschland in einer bestimmten Hinsicht sogar demokratischer als das Mutterland des Parlamentarismus, England. Die Massen hatten, was das Stimmrecht anging, in Bismarcks Reich ein höheres Maß an politischer Teilhabe erreicht als in irgendeiner der parlamentarischen Monarchien.

Es war diese Teildemokratisierung des Kaiserreichs – allgemeines gleiches Männerwahlrecht ohne parlamentarisches Regierungssystem –, die das zweite Glied in Bernsteins These bildete. Weil es in Deutschland einen verbrieften Anspruch auf politische Teilhabe gab, konnte es 1918 nur um eine Erweiterung dieses Rechts gehen, nicht aber um eine Beschränkung. Der Ruf nach einer „Diktatur des Proletariats“ mochte in einem Polizeistaat wie

dem russischen Zarenreich auf fruchtbaren Boden fallen. In einem Land, das seit einem halben Jahrhundert einen aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgegangenen Reichstag kannte, ließ sich allenfalls eine Minderheit der Arbeiterschaft für diese Parole gewinnen.

Erweiterung der politischen Teilhaberechte hieß nach Meinung der maßgeblichen Sozialdemokraten Ersetzung des preußischen Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine gleiche Wahlrecht, Frauenstimmrecht und Parlamentarisierung des Reiches. Schon 1893 hatte Karl Kautsky, wenig später Bernsteins orthodoxer Widersacher im Streit um eine Revision des Marxismus, in der Einführung eines parlamentarischen Systems englischen Musters den einzigen Grund gesehen, der unter Umständen eine Revolution in Deutschland rechtfertigen konnte. Für den führenden Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie war es die historische Aufgabe des Proletariats, das nachzuholen, was die deutsche Bourgeoisie in ihrer Feigheit versäumt habe, nämlich ein wirkliches parlamentarisches Regime zu schaffen. Auf den Begriff „Diktatur des Proletariats“ wollte der Marxist Kautsky gleichwohl nicht verzichten. „Für die Diktatur des Proletariats kann ich mir aber eine andere Form nicht denken als die eines kraftvollen Parlaments nach englischem Muster mit einer sozialdemokratischen Mehrheit und einem starken und bewußten Proletariat hinter sich. Der Kampf um einen wirklichen Parlamentarismus wird meines Erachtens zum Entscheidungskampf der sozialen Revolution werden, denn ein parlamentarisches Regime bedeutet in Deutschland den Sieg des Proletariats, aber auch umgekehrt.“⁵

Ähnlich wie die Sozialdemokraten erstrebten auch die Linksliberalen, die sich 1910 in der Fortschrittlichen Volkspartei zusammengeschlossen hatten, eine Parlamentarisierung des Kaiserreiches. Aber obwohl die SPD im 1912 gewählten letzten kaiserlichen Reichstag die stärkste Fraktion stellte, gab es noch nicht einmal eine einfache Mehrheit für den Übergang zur parlamentarischen Regierungsweise, von der notwendigen verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit ganz zu schweigen. Die beiden konservativen Parteien waren strikte Gegner einer Machtverlagerung zugunsten des Reichstags; die Nationalliberalen wollten die bestehende Gewaltenteilung zumindest nicht grundsätzlich in Frage stellen, und das katholische Zentrum war im konstitutionellen System in eine Schlüsselposition hineingewachsen, die es im Falle einer formellen Parlamentarisierung zu verlieren fürchtete. Von einer unaufhaltsamen Parlamentarisierung des Deutschen Reiches vor 1914 konnte also keine Rede sein. Wohl hatte sich das politische Gewicht des Reichstags seit der Bismarckzeit vergrößert. Aber für die Umwandlung der konstitutionellen in eine parlamentarische Monarchie fehlte die wichtigste Voraussetzung: eine parlamentarische Mehrheit, die das wirklich wollte.

In gewisser Weise stand selbst bei den Sozialdemokraten das Bekenntnis zur Parlamentarisierung nur auf dem Papier. Solange sie nicht über die absolute Mehrheit der Reichstagssitze verfügten, und davon waren sie auch nach dem großen Wahlerfolg von 1912 noch weit entfernt, hätten sie nur zusam-

men mit den Parteien der bürgerlichen Mitte, der Fortschrittlichen Volkspartei und dem Zentrum, die Basis einer parlamentarischen Mehrheitsregierung bilden können. Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien aber widersprach dem Bekenntnis zum proletarischen Klassenkampf, einem zentralen Bestandteil der offiziellen Parteidoktrin. Hätte sich die Parteiführung oder die Reichstagsfraktion über diese Maxime hinweggesetzt, wäre die Sozialdemokratie daran zerbrochen.

Das Verfassungssystem des Kaiserreichs spiegelte sich in seinem Parteiensystem wider. Weil die Parteien von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen waren, standen sie auch nicht unter dem Zwang, Kompromisse miteinander zu schließen. Sie konnten sich damit begnügen, die Interessen ihres „Milieus“ parlamentarisch zu vertreten und weltanschaulich zu überhöhen. Durch ebendiese Ausrichtung verfestigten die Parteien die Segmentierung der deutschen Gesellschaft – ihre Aufspaltung in ein sozialdemokratisches, ein katholisches und diverse bürgerliche, mittelständische und ländliche Milieus, die sich mehr oder minder fest gegeneinander abschotteten.

Die Milieugrenzen deckten sich nicht mit den Klassengrenzen. Das sozialdemokratische Milieu war überwiegend proletarisch, aber längst nicht alle Arbeiter waren Sozialdemokraten. Das katholische Milieu war ein sozialer Mikrokosmos für sich, in dem Angehörige aller sozialen Schichten ihren Platz fanden. Beide Milieus waren nicht zuletzt deshalb besonders festgefügt, weil Sozialdemokraten und Katholiken unter Bismarck als „Reichsfeinde“ verfolgt worden waren und viele Diskriminierungen, bei den Sozialdemokraten sehr viel stärker als bei den Katholiken, bis zum Ende des Kaiserreichs fortbestanden. In der Abgrenzung von der Sozialdemokratie war sich die bürgerliche Gesellschaft weithin einig; man könnte zugespitzt sagen, daß sich das Bürgertum erst durch diesen Gegensatz als „Klasse“ bewies. Aber daneben gab es andere und ältere Trennlinien, die in der wilhelminischen Gesellschaft wirksam blieben: die Gegensätze zwischen den Konfessionen, zwischen Stadt und Land, zwischen den „Gebildeten“ und den „einfachen Leuten“, zwischen den satisfaktionsfähigen Kreisen und dem Rest des Volkes. Die deutsche Gesellschaft vor 1914 war eine Klassengesellschaft, und sie war eine Gesellschaft des kulturellen Partikularismus.⁶

Den inneren Zusammenhalt dieser zerklüfteten Gesellschaft sollte das Bekenntnis zur Nation stiften. Bis in die Reichsgründungszeit war die nationale Parole ein Kampfruf der Liberalen und Demokraten gewesen. Für die deutsche Einheit eintreten, das hieß aus der Sicht des liberalen Bürgertums, aber auch der jungen Arbeiterbewegung, für Freiheit und Fortschritt, gegen die vielen Dynastien und ihren adligen Anhang sein. Nach der Gründung des Kaiserreichs begann der freiheitliche Glanz der nationalen Parole rasch zu verblasen. Zuerst diente sie, während des „Kulturkampfes“, der Ausgrenzung der Katholiken, dann, unter dem Sozialistengesetz von 1878, dem Kampf gegen die Sozialdemokraten, schließlich, im Zeichen des Übergangs zu Schutzzöllen für Eisen und Getreide im Jahre 1879, der Niederringung

der liberalen Freihandelslehre. National sein hieß fortan in erster Linie anti-international sein. Binnen weniger Jahre hatte sich der Begriff „national“ von einer liberalen und demokratischen in eine eher „rechte“, konservative Parole verwandelt.

Die liberalen Nationalisten suchten die Zweckentfremdung „ihrer“ Parole dadurch zu hintertreiben, daß sie ganz auf die Karte einer deutschen Weltpolitik setzten. Eine Weltmacht Deutschland würde, so ihr Kalkül, nicht umhin können, sich im Innern zu modernisieren – was auf eine Schwächung des preußischen Junkertums und eine Stärkung des deutschen Bürgertums hinauslaufen mußte. Bei den Katholiken kam die Neigung zu einer anderen Spielart von kompensatorischem Nationalismus auf: Weil sie nicht als Deutsche zweiter Klasse betrachtet werden wollten, bemühten sich viele, besonders gute Patrioten zu sein. Nur die Sozialdemokraten schien es nicht anzufechten, wenn man sie „vaterlandslose Gesellen“ nannte. Sie hielten an ihrem Bekenntnis zur internationalen Solidarität des Proletariats mit derselben Entschiedenheit fest wie an der Lehre vom Klassenkampf.⁷

Das galt bis zum 4. August 1914. An diesem Tag stimmten die Sozialdemokraten wie alle anderen Fraktionen des Reichstags den von der Reichsleitung verlangten Kriegskrediten zu. Es war nicht so, daß die Abgeordneten der SPD, anders als noch in den letzten Tagen vor dem Ausbruch des Krieges, nun plötzlich von der Friedfertigkeit des Deutschen Reiches überzeugt gewesen wären. Vielmehr stand auch für engagierte Befürworter der Kreditbewilligung außer Frage, daß Deutschland nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo Österreich-Ungarn in den Krieg mit Serbien gedrängt und dadurch den europäischen Krieg ausgelöst hatte. Aber nachdem dieser Krieg zur Tatsache geworden war, sah die Sozialdemokratie keine Alternative mehr zum innerstaatlichen „Burgfrieden“ und zur Unterstützung der militärischen Anstrengungen des Reiches. Daß Rußland zu den Gegnern Deutschlands gehörte, erleichterte den Sozialdemokraten die Entscheidung, war doch das Zarenreich seit der Revolution von 1848/49 für Marx, Engels und die gesamte Linke stets die eigentliche Vormacht der europäischen Reaktion gewesen. Zum Haß auf Rußland kam die Hoffnung auf innere Reformen in Deutschland. Die nationale Solidarität sollte, so erwartete es zumindest die Parteiführung, die Hindernisse aus dem Weg räumen, die der sozialen und politischen Gleichberechtigung der Arbeiter nach wie vor entgegenstanden.⁸

Die Entscheidung vom 4. August 1914 machte aber auch schlagartig sichtbar, in welchem Maß die sozialdemokratische Arbeiterschaft bereits in die bestehende Gesellschaft hineingewachsen war. Das Bekenntnis zur internationalen Solidarität des Proletariats war eines, das Gefühl der Verbundenheit mit dem eigenen Volk ein anderes. Steigende Löhne, soziale Verbesserungen, politische Mitwirkungsrechte: das alles wog nicht weniger stark als die Diskriminierungen, denen Sozialdemokraten noch immer ausgesetzt waren. Die deutschen Arbeiter hatten um 1914 sehr viel mehr zu verlieren als nur

ihre Ketten, und entsprechend groß war bei den meisten von ihnen die Bereitschaft, ihren Beitrag zum Sieg des Vaterlandes zu leisten.

Es gab freilich auch 1914 Sozialdemokraten, die sich der neuen patriotischen Parteilinie widersetzen. Die meisten Dissidenten hatten schon vor dem Krieg auf dem linken oder, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, auf dem äußersten linken Flügel der Partei gestanden. Aber auch Männer des „marxistischen Zentrums“ wie Hugo Haase, zusammen mit Friedrich Ebert Vorsitzender der SPD, und Karl Kautsky, ja selbst der „rechte“ Eduard Bernstein gehörten zu den frühen Kritikern des offiziellen Kurses. Von der deutschen Kriegsschuld überzeugt, stimmte als erster sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter am 2. Dezember 1914 Karl Liebknecht gegen die Kriegskredite. Im Dezember 1915 folgten weitere 19 Parlamentarier diesem Beispiel. Nach einem neuerlichen „Disziplinbruch“, den die Mehrheit mit dem Ausschluß aus der Fraktion beantwortete, konstituierte sich die Opposition als „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“. Es war die Keimzelle der im April 1917 gegründeten USPD.

Die Gegner der Kriegskreditbewilligung konnten sich auf Positionen berufen, die in der Zweiten Internationale bis 1914 unumstritten gewesen waren; sie hatten gute Gründe, in der These vom „Verteidigungskrieg“ eine Täuschung der Öffentlichkeit zu sehen und ihrerseits von einem imperialistischen Krieg zu sprechen. Die Mehrheitspartei bot vielfachen Anlaß, ihr eine Abkehr von den Bekenntnissen der Vorkriegszeit, ja ein Abdriften in die Bahnen des bürgerlichen Nationalismus vorzuhalten. Und doch war es verfehlt, die Abstimmung vom 4. August 1914 als „Verrat“ zu brandmarken. Die patriotische Stimmung hatte große Teile der Anhängermassen und der gewählten Vertreter der SPD erfaßt. Noch vor der Reichstagsfraktion hatte die Generalkommission der Freien Gewerkschaften sich zur Zusammenarbeit mit der Regierung bekannt. Lehnte die SPD die Kriegskredite ab, mußte sie nicht nur mit einer Parteisplaltung, mit massiver staatlicher Repression und Ächtung durch die öffentliche Meinung rechnen. Die Sozialdemokraten hätten objektiv auf der Seite der Kriegsgegner Deutschlands gestanden und damit die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschworen. Es war der Instinkt der Selbsterhaltung, der die SPD vor diesem Abgrund zurückscheuen ließ.⁹

Je länger der Krieg dauerte, desto deutlicher wurde, daß es sich nicht bloß um einen deutschen Verteidigungskampf handelte. Die Alldeutschen und die Schwerindustrie wollten immer größere Teile Europas und Afrikas erobern, und was von diesen Kriegszielen in die offizielle Politik einging, hätte genügt, um Deutschland die Vorherrschaft über den Kontinent zu sichern. Erst als der Glaube an einen deutschen Sieg zu schwinden begann, versuchten gemäßigte Kräfte, eine innere Front gegen die Verfechter einer schrankenlosen Eroberungspolitik aufzubauen. In der bürgerlichen Mitte war es vor allem der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger, in den ersten Kriegsjahren selbst ein überzeugter Annexionist, der sich um eine parlamentarische Mehrheit für einen Verständigungsfrieden bemühte. Im Juli 1917 einigten

sich Sozialdemokraten, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei auf eine Entschließung, die einen Frieden ohne „erzwungene Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen“ forderte. Diese „Friedensresolution“ markierte den Beginn einer engen Zusammenarbeit der drei Parteien, die im Reichstag über die Mehrheit der Sitze verfügten und darum weder von der zivilen Reichsleitung noch von der Obersten Heeresleitung, der „OHL“, als Machtfaktor ignoriert werden konnten.

Gegen die neue Reichstagsmehrheit machten sogleich die Anhänger eines „Siegfriedens“ mobil. Die 1917 gegründete „Deutsche Vaterlandspartei“, die sich zu einem ausufernden Eroberungsprogramm bekannte und einen starken Rückhalt bei den führenden Militärs besaß, wuchs binnen kurzem zu einer Massenbewegung an. Gleichzeitig radikalisierte sich die Stimmung in der kriegsmüden Arbeiterschaft. Zu den ersten Massenstreiks war es bereits im April 1917 gekommen. Sie waren ein Echo auf die russische „Februarrevolution“, die tatsächlich im März jenes Jahres stattgefunden hatte, und ein Protest gegen alles, was den Arbeitern seit langem zugemutet wurde: die materiellen Entbehrungen, die im Steckrübenwinter von 1916/17 extreme Formen angenommen hatten, die immer krasser in Erscheinung tretende Ungleichheit in der Verteilung der Kriegslasten, das Hinauszögern überfälliger Reformen wie der Demokratisierung des preußischen Wahlrechts. Die „wilden“ Streiks vom Frühjahr 1917 waren überdies ein Alarmzeichen für die Gewerkschaften: Ihre Einbindung in die Kriegswirtschaft, durch das Vaterländische Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 in rechtsverbindliche Form gebracht, hatte sie in den Augen vieler Arbeiter als Interessenvertretung unglaubwürdig gemacht.¹⁰

Wie die Aprilstreiks von 1917 hatte auch der große Streik der Berliner Rüstungsarbeiter vom Januar 1918 etwas mit den Ereignissen in Rußland zu tun. Die Oktoberrevolution der friedenswilligen Bolschewiki hatte den beiden Mittelmächten, Deutschland und Österreich-Ungarn, die Chance eröffnet, den Krieg im Osten zu beenden. Als am 12. Januar bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, die auf Drängen der Bolschewiki öffentlich stattfanden, General Hoffmann mit einem Faustschlag auf den Tisch seine Feststellung unterstrich, Deutschland sei nun einmal der Sieger und diese Tatsache gelte es zu berücksichtigen, gab er damit ungewollt das Signal zu einem Massenausstand. In Berlin wurde die Bewegung von den Revolutionären Obleuten der Metallindustrie ausgelöst, die in der Regel Anhänger der USPD waren. Der Streik, an dem sich allein in der Reichshauptstadt Ende Januar eine halbe Million Arbeiter beteiligte, war zum einen ein Protest gegen den Krieg, den wachsenden Einfluß der Vaterlandspartei und die schlechte Ernährungslage, zum anderen ein Ausdruck der Sympathie mit den russischen Arbeitern und der Oktoberrevolution. In den Streikausschuß waren auch drei führende Mehrheitssozialdemokraten – Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun – delegiert worden. Ihre Absicht war es, den Ausstand so rasch wie möglich zu beenden. Am 3. Februar war dieses

Ziel erreicht: Nach Massenverhaftungen und Tausenden von Einberufungen zum Heeresdienst brachen die Revolutionären Obleute die aussichtslose Aktion ab.¹¹

Der Januarstreik machte deutlich, daß der Rückhalt für die Politik des „Burgfriedens“ bei den Arbeitern weiter geschrumpft war. Reichskanzler Graf Hertling, ein konservativer Zentrumspolitiker, trug das Seine zu der zunehmenden Polarisierung bei: Er ließ Behauptungen der Vaterlandspartei unwidersprochen, daß er mit den Zielen dieser Gruppierung einverstanden sei. Tatsächlich war die Politik, die die Regierung nach dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk im Osten verfolgte, ganz im Sinne der nationalistischen Rechten. Hertlings Nähe zu den Positionen der radikalen Annexionisten mußte aber auch die SPD ins Zwielficht rücken, die mit der Partei des Kanzlers parlamentarisch eng zusammenarbeitete. Den Nutzen hatte die USPD: Ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter wuchs.¹²

Was die Beurteilung der russischen Ereignisse anging, lagen die beiden Arbeiterparteien indes nicht weit auseinander. Die Mehrheitssozialdemokraten hatten die Machtergreifung der Bolschewiki im November 1917 zunächst begrüßt, weil sie den Frieden näherzubringen versprach. Aber seitdem die Anhänger Lenins am 19. Januar 1918 die freigewählte Konstituante auseinandergejagt hatten, stand das Urteil der SPD fest: Was die Bolschewiki betrieben, war nicht Sozialismus oder Demokratie, sondern Putschismus und Anarchie. Die Politik der Leninisten mußte in jenen blutigen Bürgerkrieg führen, der Rußland seit dem Frühjahr 1918 heimsuchte. Deutschland ein solches Schicksal zu ersparen, erschien den Mehrheitssozialdemokraten fortan als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben.

Auf dem rechten Flügel der Unabhängigen Sozialdemokraten war das Urteil über die Politik der Bolschewiki nicht weniger kritisch als bei der Mehrheitspartei. Eine Diktatur des Proletariats könne nur als Herrschaft der Volksmehrheit über eine Minderheit erspriesslich werden, lautete Kautskys Verdikt. Der Marxismus habe den Weg zur Versöhnung der Diktatur des Proletariats mit der Demokratie gezeigt. Die Diktatur einer Minderheit aber wirke reaktionär und bahne die Gegenrevolution an. Selbst in der Spartakusgruppe, die den äußersten linken Flügel der USPD bildete, waren die Meinungen über das Vorgehen der Bolschewiki geteilt. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die während des Umsturzes in Rußland Haftstrafen verbüßten, hielten sich in ihren ersten Äußerungen nach der Oktoberrevolution zurück. Die Auflösung der Konstituante nahm Rosa Luxemburg zum Anlaß, Lenin und Trotzki vorzuwerfen, sie verschütteten durch die Beseitigung der Demokratie den lebendigen Quell der Revolution. Zwei andere Mitbegründer des Spartakusbundes, Clara Zetkin und Franz Mehring, schlugen sich dagegen auf die Seite Lenins, ebenso die außerhalb der USPD stehenden Hamburger und Bremer „Linksradikalen“. Für sie war der Gewaltakt vom 19. Januar 1918 geradezu ein willkommener Beitrag zur Zerstörung demokratischer Illusionen im deutschen Proletariat.¹³

In der Arbeiterschaft äußerte sich 1917/18 der Überdruß am Krieg am kräftigsten, aber eine allgemeine Unzufriedenheit hatte längst schon weitere Teile der deutschen Gesellschaft erfaßt. Bereits im August 1917 behauptete der bayerische Minister Ritter von Brettreich, der Mittelstand zeige „zur Zeit eine schlechtere Stimmung wie (!) alle anderen Kreise“. Bei den Behörden häuften sich Klagen über die Benachteiligung des Handwerks bei der Rohstofflieferung und den allgemeinen Rückgang an Aufträgen und Absatz. Dazu kamen Beschwerden über Kreditnot, Mietrückstände, Personalmangel, Höchstpreisregelungen und Strafbestimmungen gegen Preistreiberei. Im Sommer 1918 politisierte sich die Mißstimmung. Der Religionsphilosoph Ernst Troeltsch beobachtete im August selbst bei „patriotischen“ und „kriegsgläubigen“ Bauern und Käsefabrikanten des Allgäu einen „geradezu fanatischen Haß, der hier ganz allgemein gegen das Offizierskorps als den Inbegriff aller Ungerechtigkeit und Bevorzugung losbrach“. Und am 23. September 1918 berichtete der badische Reichstagsabgeordnete Oscar Geck auf einer gemeinsamen Sitzung von Fraktion und Parteiausschuß der SPD, in Süddeutschland gebe es eine „ungeheure Erbitterung gegen Preußen, nicht gegen das preußische Volk, sondern gegen die Junker und die Militärkaste. Es herrscht bei uns die Stimmung: Preußen muß kaputt gehen, und wenn Preußen nicht kaputt geht, geht Deutschland an Preußen kaputt.“¹⁴

In der gleichen Sitzung vom 23. September, in der der Abgeordnete Geck die Stimmungslage südlich des Mains schilderte, zog Friedrich Ebert, der Vorsitzende der Mehrheitsozialdemokraten, praktische Schlußfolgerungen aus dem Autoritätsverfall der alten Gewalten. Er stellte seine Parteifreunde vor eine klare Alternative: „Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution. Wer die Dinge in Rußland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, daß eine solche Entwicklung bei uns eintritt. Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen, wir müssen sehen, ob wir genug Einfluß bekommen, unsere Forderungen durchzusetzen und, wenn es möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbinden, dann ist es unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, das zu tun.“

Für Ebert war die Frage „Mehrheitsregierung oder Revolution?“ mithin nur noch eine rhetorische. Das russische Beispiel hatte aus seiner Sicht der Option „Revolution“ vollends den Boden entzogen. Wer jetzt noch eine Revolution begann, mußte damit rechnen, daß sie denselben Verlauf nahm wie in Rußland, also in Gewaltherrschaft, Bürgerkrieg und Chaos mündete. Wer das nicht wollte, mußte auf eine Politik friedlicher Reformen setzen. Diese ließen sich in Deutschland nur durch eine Regierung der Mehrheitsparteien oder, marxistisch gesprochen, einen Klassenkompromiß mit den gemäßigten Teilen des Bürgertums verwirklichen. Vor dem Krieg hätte die Sozialdemokratie eine solche Taktik als unmarxistisch verworfen. Auf dem

Hintergrund der Politik aber, die die Partei seit 1914 und vor allem seit 1917 verfolgte, erschien der Übergang zum offenen Regierungsbündnis mit der bürgerlichen Mitte fast schon als logische Konsequenz längst getroffener Entscheidungen. Parteiausschuß und Reichstagsfraktion ließen sich denn auch von der Linie des Parteivorstands überzeugen und billigten sie mit deutlichen Mehrheiten.¹⁵

Wie die SPD sahen auch die Mittelparteien in einer Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten die einzige Chance, einer revolutionären Zuspitzung der inneren Krise vorzubeugen, und zugleich eine notwendige Voraussetzung, um zu einem erträglichen Frieden zu gelangen. Doch in die Regierung des Grafen Hertling wollte die SPD unter keinen Umständen eintreten; statt dessen verlangte sie Verfassungsänderungen mit dem Ziel der Parlamentarisierung. Mit dieser Forderung war wohl die Fortschrittliche Volkspartei, nicht aber das Zentrum einverstanden. Erst als der aus den drei Parteien gebildete Interfraktionelle Ausschuß über diesen Streit in eine ernste Krise zu geraten drohte, gab Hertlings Zentrumsparterie zu erkennen, daß sie notfalls bereit war, von dem umstrittenen Reichskanzler abzurücken. Hertling, nunmehr parlamentarisch isoliert, zog die Konsequenzen und reichte seinen Rücktritt ein, den der Kaiser am 30. September annahm.¹⁶

Der anschließende Übergang zur ersten parlamentarischen Regierung in Deutschland war freilich nicht das alleinige Werk der Mehrheitsparteien. Ausschlaggebend war vielmehr, daß Ende September 1918 auch der Erste Generalquartiermeister Erich Ludendorff, seit 1916 zusammen mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, Chef der Obersten Heeresleitung, eine Parlamentarisierung für erforderlich hielt. Die militärische Situation der Mittelmächte war mittlerweile hoffnungslos: Seit dem 8. August 1918, dem „schwarzen Tag“ von Amiens, wußte auch Ludendorff, daß die feindliche Übermacht nicht mehr zu schlagen war; am 14. September bot Österreich-Ungarn den Westmächten auf eigene Faust Friedensverhandlungen an; am 29. September nahm ein anderer Verbündeter, Bulgarien, die Waffenstillstandsbedingungen der Entente an. Am gleichen Tag überzeugte Ludendorff Wilhelm II., daß Deutschland so rasch wie möglich ein Waffenstillstands- und Friedensangebot an den amerikanischen Präsidenten Wilson richten müsse. Die Verantwortung hierfür sollte jedoch nicht die Oberste Heeresleitung, sondern eine von den Mehrheitsparteien des Reichstags getragene Regierung übernehmen.

Sein Eintreten für die Parlamentarisierung verband Ludendorff mit einer Dolchstoßlegende: „Ich habe S. M. (=Seine Majestät) gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir soweit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben.“¹⁷

Hertlings Nachfolger, Prinz Max von Baden, war bisher weder als Anhänger des parlamentarischen Systems noch als Befürworter der Friedensresolu-

tion vom Juli 1917 hervorgetreten. Er war von Politikern der Fortschrittlichen Volkspartei als Reichskanzler ins Gespräch gebracht worden und fand schließlich, da keiner der zunächst in Aussicht genommenen Parlamentarier das Amt antreten wollte, die widerwillige Zustimmung des Interfraktionellen Ausschusses. Den Sozialdemokraten fiel die Hinnahme dieser Lösung besonders schwer. Der Fraktionsvorsitzende Philipp Scheidemann, der sich am 23. September noch nachdrücklich für eine Mehrheitsregierung mit Beteiligung der SPD ausgesprochen hatte, meinte am 2. Oktober, es könne den Sozialdemokraten nicht zugemutet werden, daß ein Prinz an der Spitze des Kabinetts stehe, und es sei unangebracht, im Augenblick der schlimmsten Verhältnisse eine Verantwortung zu übernehmen, die die Partei wohl kaum zu tragen in der Lage sei. Es war Friedrich Ebert, der mit einem Appell an das Verantwortungsbewußtsein der Sozialdemokratie die große Mehrheit der Fraktion schließlich dazu brachte, dem Eintritt in das Kabinett des Prinzen Max zuzustimmen.¹⁸

Eine andere Entscheidung war zu diesem Zeitpunkt auch schwer denkbar. Durch ihre Regierungsbeteiligung konnte die SPD hoffen, die doppelte Gefahr einer Militärdiktatur und einer dadurch ausgelösten Revolution zu vermeiden und den Weg zu einem Verständigungsfrieden zu ebnen. Der Entschluß der Sozialdemokraten lief auf den Versuch hinaus, das Nahziel des Friedens nicht nur unter den Vorzeichen des monarchischen Staates, sondern auch unter dem derzeit regierenden Staatsoberhaupt zu erreichen. Ob dieser Versuch gelingen würde, hing freilich von einer Reihe innen- und außenpolitischer Faktoren ab, auf die die SPD und ihre bürgerlichen Verbündeten keinen oder nur einen sehr geringen Einfluß hatten.

[...]

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de